

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 43 / 43. Jg.

24. Okt. 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAFEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 2573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12, Redaktions-Schluß: Montag, Feiertage: B 2, Litzenow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Ergebnis: Der Tarif gilt ein weiteres Jahr

Die Tarifverhandlungen für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe, die der Tarifausschuß am 14. und 15. Oktober in Saalfeld führte, haben den Verlauf genommen, der erwartet werden konnte. Bei der ungünstigen Berufslage mit ihrer großen Arbeitslosigkeit war vorauszu sehen, daß die Unternehmer entsprechend dem allgemeinen Unternehmertum alles darauf abstellen würden, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Das zeigten ja auch die von ihnen gestellten Anträge, die bestimmt nicht deshalb eingereicht worden waren, die Gehilfenwünsche zu paralisieren. Und die Verhandlungen haben ja auch gezeigt, daß die Unternehmer unter dem Druck der riesigen Krise unbedingt einen Erfolg nach Hause tragen wollten. Sie fühlten sich in der Position des Angriffes, wollten sich unter keinen Umständen die Möglichkeit des Angriffes aus der Hand schlagen lassen und vermeinten infolge der Preisgestaltung mit einer Reduzierung der Löhne bestimmen rechnen zu können. Sie behielten sich sogar vor, für die Gehilfen im Alter bis zu 24 Jahren einen tariflichen Staffellohn vorzuschlagen. Auch daraus ist natürlich nichts geworden, denn die Gehilfenvertreter hielten mit der gleichen Zähigkeit an den von der Gehilfenschaft gestellten Anträgen fest und traten für sie mit allem Nachdruck ein.

Die Verhandlungen leitete wie üblich der Vorsitzende des Bundes der chemigraphischen Anstalten, Herr Frisch, ein. Er gab einen Rückblick über die vergangene Tarifperiode und stellte fest, daß der Organisationszwang nur einen Teil der Erwartungen erfüllt habe. Dann behandelte Redner die gewerbliche Lage und die Preisbildung und stellte ein bedeutendes Absacken der Preise fest. Durch Nachlassen der Nachfrage mußten die Preise sinken, zumal vom Auslande her eine starke Konkurrenz sich fühlbar machte. Um der Arbeitslosigkeit begegnen zu können, müßte in die Konkurrenzpreise eingetreten werden, was die Annahme der Unternehmeranträge verlange.

Herrn Frisch antwortete Kollege Haß. Er betonte, daß die Arbeitslosigkeit im Vordergrund der Erörterungen stehe und alles getan werden müsse, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Der arbeitslose Gehilfe verlange nicht geldliche Unterstützung, sondern ausreichend bezahlte Arbeit, um sich und die Seinen durchs Leben bringen zu können. Wenn die Unternehmer sich in die Stimmung eines langfristig erwerbslosen Gehilfen versetzen könnten, müßten sie mithelfen, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Ein Teil dieser Lösung liege auf dem Gebiete der gewerblichen Kräftezufuhr. Die unter dem Tarif stehenden Gewerbe hätten ihre Entwicklung gewiß noch nicht abgeschlossen, aber die Beschäftigungsmöglichkeit der ausgebildeten Arbeitskräfte sei nicht mehr gegeben. Deshalb müsse hier der Hebel zuerst angesetzt und eine entsprechende For-

mel für die Lehrlingsstaffel geschaffen werden. Dann gelte es, die tägliche Arbeitszeit zu reduzieren, um brachliegender Arbeitskraft Beschäftigung zu geben. Nachdem noch Kollege Haß die Frage der Überläufer und der Überstunden behandelt hatte, verlangt er, zuerst die Anträge zu behandeln, die die Arbeitslosigkeit mildern können: *Arbeitszeit, Lehrlingswesen, Überläufer und Überstunden.*

Diesem Antrag wurde dann auch entsprochen. Selbstverständlich verfielen die Gehilfenanträge auf Verkürzung der Arbeitszeit der glatten Ablehnung durch die Unternehmer. Beim Lehrlingswesen versprechen sie dagegen Konzessionen, nachdem Kollege Herbst, gestützt auf umfangreiches statistisches Material, die Misere des tariflichen Lehrlingswesens aufgezeigt hatte. Natürlich galt den Unternehmern die geradezu erdrückende statistische Beweisführung über die Unzulänglichkeit der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens nichts, denn sonst müßten sie ja die Fehler eingestehen, aber trotz aller gesuchten Einwände ist der Eindruck ersichtlich. Aber gerade diese Tatsache zeigt, daß nicht mehr oder weniger gute Einsicht das Ergebnis von Tarifverhandlungen bestimmt, sondern die Macht, die hinter den Verhandlungspartnern steht.

In gleicher Weise verlief die Beratung der übrigen Anträge. Meinung stand gegen Meinung, und es gab Situationen, die ein Auf-fliegen der Verhandlungen fast erzwingen. Aber die Beratung der Anträge ging doch ziemlich bis zum Schluß, ohne freilich einen Schritt weiter zu kommen. Die Gegensätze waren eben so stark, daß ein Ausgleich auf dem üblichen Verhandlungsweg unmöglich war. Wie im Steindruckgewerbe, begann ein Verhandeln von Partei zu Partei, die jede gesondert die gemachten Vorschläge prüfte. Die Gehilfenvertreter rückten in den Vordergrund ihrer Forderungen eine Veränderung der Lehrlingsskala, die zuletzt so abgestimmt war, daß von 1 bis 5 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden konnte. Betriebe mit mehr als 5 bis zu 30 Gehilfen, sollten auf je 5 Gehilfen 1 Lehrling halten können. Bei noch größeren Betrieben sollte dann auf je 10 Gehilfen 1 Lehrling gehalten werden können. Die Unternehmer lehnten diesen Antrag ab und boten ein Sperrjahr für Photographen, Kopierer und Atzer in der Chemigraphie und für Photographen im Lichtdruck und Tiefdruck, allerdings nur bei 2jähriger Tarifdauer. Natürlich war damit ihr Wunschzettel nicht erschöpft. Zuerst wollten die Unternehmer unter allen Umständen von der Ansagepflicht bei Kurzarbeit und Schichtarbeit los. Weiter sollte die Arbeitszeit für die einzelnen Sparten verschieden sein können. Die Überzeitarbeit sollte am Ende der Woche so zusammengerechnet werden, daß nur halbe, bzw. ganze Stunden zu bezahlen sind. Die tägliche Aufrundung auf halbe oder ganze Stunden sollte also wegfallen. Bei Kurzarbeit sollten die Ferien nur anteilig bezahlt werden. Der Organisationsvertrag,

dessen Aufhebung von der Gehilfenschaft beantragt worden war, sollte weiter in Geltung bleiben.

Daß die Gehilfenvertreter mit ganzer Kraft darauf hingewirkt haben, eine Verbesserung der Lehrlingsskala zu erreichen, bedarf angesichts der großen Zahl arbeitsloser Kollegen sicher keiner besonderen Betonung. Selbstverständlich ist auch, daß sie den Unternehmervorschlag auf Einlegung eines Sperrjahres eingehend geprüft haben. Aber der darin liegende Vorteil war gegen die anderen Verlangen der Unternehmer keinesfalls aufzuwiegen. Schon die Anerkennung der anteiligen Bezahlung der Ferien bei Kurzarbeit wäre eine Preisgabe des Grundsatzes gewesen, daß bezahlte Ferien ein Teil des Lohnes sind und durch die Dauer der Beschäftigung erworben werden. Auch die verschiedenen mögliche Beschäftigung der einzelnen Sparten hätte es in sich gehabt, ganz abgesehen von den kleinen Lohnbewegungen, die mit ihnen verbunden waren. Natürlich waren diese kleinen Lohnbewegungen den Unternehmern nicht ganz gleichgültig. Denn sie haben immer wieder betont, daß sie für die gedrückten Preise auf jeden Fall einen Ausgleich haben müßten. Aber so gern auch die Gehilfenvertreter jede Erleichterung des Arbeitsmarktes durch bessere Rationierung des Berufsnachwuchses mitgenommen hätten: solche Ausgleichs sind für die Gehilfenschaft untragbar. Zumal nach Unternehmermeinung ein Sperrjahr für Lehrlingeinstellung lediglich eine aufschiebende Wirkung für ein Jahr hat. Nach ihrer Meinung können sie im andern Jahre den ausgefallenen Teil Lehrlinge wieder mit einstellen.

Damit war die Situation auf Abbruch der Verhandlungen gestellt und die Kündigung des Tarifes hätte folgen müssen. In solcher Krisenzeit zur Tarifkündigung zu kommen, schien aber den Unternehmern nicht geraten. Sie erklärten deshalb ihr Einverständnis, den Tarif ein weiteres Jahr in Geltung zu lassen. Da das Verhandlungsergebnis laut Satzungsbestimmungen der Gehilfenorganisation den Kollegen zu unterbreiten ist, gilt es nun zur Sachlage Stellung zu nehmen.

Prüft man die wirtschaftliche und berufliche Lage, dann zeigen sich nicht gerade günstige Aussichten für die Gehilfenschaft. Es wäre deshalb unverantwortlich, bewußt in einen Konflikt hinein zu steuern. Gewiß brauchen wir eine tariflose Zeit nicht zu fürchten. Aber ebenso gewiß ist, daß in solcher Krisenzeit nichts zu gewinnen ist. Es käme dann alles nur darauf hinaus, das bis jetzt Erreichte zu erhalten. Das alles aber ist von den Kollegen zu haben, wenn sie sich für eine Verlängerung der Laufzeit des Tarifes um 1 Jahr aussprechen. Wir raten ihnen aus innerster Überzeugung dazu, sich so zu entscheiden, denn sie dienen sich damit nur selbst. Deshalb empfehlen wir durch Urabstimmung dahin zu entscheiden:

*Die Tarifbestimmungen bleiben für 1931 in Kraft!*

# Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte auf seiner Tagung am 12. und 13. Oktober 1930 einstimmig folgende Entschliebung:

## I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

## II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen besprochen, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meidung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unter-

nehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

## III.

Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

## IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

## Ein Industrieller für die 44-Stunden-Woche

In der „Frankfurter Zeitung“ hat eine Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit als Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit stattgefunden. Ein Industrieller, R. C. Gütermann, Gutach i. Breisgau, der 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat dort den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 44 Stunden zu ermäßigen und den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen, etwa 10 v. H. Arbeiter und Angestellte neu einzustellen. Er hofft, daß dadurch die Arbeitslosigkeit wesentlich gemildert werden könnte. Alle Unternehmungen, die aus irgend welchen Gründen nicht in der Lage sind, die Arbeitszeit derartig zu verkürzen, sollen gezwungen sein, die gleiche Summe, die für den Mehrlohn gewährt wurde, als Sonderbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Dies würde eine Mehrbelas-

tung von 8 1/3 v. H. ergeben, die von den betreffenden Unternehmern allein getragen würde und nach Meinung Gütermanns, der Leistungsfähigkeit der Betriebe keinen Abbruch tun kann. Die verkürzt arbeitenden Betriebe sollen nach diesem Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung nur bis zu 3 1/3 v. H. der Lohnsumme herangezogen werden. Gütermann glaubt, daß die Mehrleistung der Unternehmungen mit längerer Arbeitszeit zur Arbeitslosenversicherung die weniger eingehenden Beträge voll ausgleichen würde.

Bezüglich der Lohnfrage für die verkürzt Arbeitenden macht Gütermann den Vorschlag, für die 44stündige Arbeit den Lohn zu gewähren, der sonst für 46 Stunden bezahlt wird. Die Arbeiter hätten also mit einer Lohneinbuße in Höhe des Lohnes für zwei Arbeitsstunden zu rechnen. Zweifellos eine Meinung, über die bei evtl. Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ohne weiteres eine Einigung erzielt werden

könnte. Auf den Einwand, daß ein Betrieb, der bisher 48 Stunden gearbeitet hat und auf die 44-Stunden-Woche übergeht, neue Kapitalinvestitionen zur Vergrößerung der Anlagen notwendig sind, entgegnet der betreffende Industrielle, daß die meisten Betriebe nicht mit 100 Prozent Erzeugungsfähigkeit ausgenutzt sind, auch wenn sie heute 48 Stunden oder mehr arbeiten. „Wenn gesagt wird, daß die Einrichtung einer Doppelschicht mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so trifft dies zu; doch ist ohne Überwindung von Schwierigkeiten diesem Problem nicht beizukommen.“

Der Vorschlag eines praktischen Industriellen zeigt, daß es auch bei den Unternehmern Leute gibt, die sich etwas eingehender mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigen. Im großen ganzen dürften die Vorschläge der Erörterung wert sein, denn sie nähern sich weitgehend den Meinungen, die der ADGB in seiner letzten Bundesausschußsitzung aufgestellt hat.



# RECHT UND GESETZ

## Wie steht es um die Sozialpolitik?

Die große Wahlschlacht, aus der ein arbeitsfähiger Reichstag hervorgehen sollte, liegt hinter uns. Traten im bürgerlichen Lager unzählige Grüppchen auf, um ihre Interessen zu vertreten, so konnte es nicht ausbleiben, daß die freien Gewerkschaften, als Vertreter von Millionen Arbeitenden, sich in diesem Wahlkampf mit gesteigerter Aktivität hervortaten. Die nackten Lebensinteressen der Arbeiterschaft galt es gegen die Angriffe des in diesem Punkte geneigten Bürgertums zu verteidigen. Die Angriffe der gesamten Rechten konzentrierten sich auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Während des Wahlkampfes standen die Fragen der Sozialpolitik mit an primärer Stelle der Auseinandersetzungen, und auf Grund der heutigen Wirtschaftslage wird die Sozialpolitik in der beginnenden Reichstagsperiode der wichtigste Streitpunkt bleiben. Die bürgerlichen Parteien sehen in den Reichszuschüssen zur Sozialversicherung eine Belastung des Staatshaushaltes, die in der Zeit finanzieller Not auf ein Minimum herabzudrücken ist. Das um die Sozialpolitik begonnene Ringen ist nichts anderes, als eine neue Form des klassenmäßig gebundenen Kampfes um die Verteilung der Lasten zur Führung eines Staatshaushaltes. Gegenwärtig herrschen in Deutschland die der Arbeiterschaft feindlich gesonnenen Schichten des Besitzes aller Schattierungen, die eifrig bemüht sind, die Mittel zur Gesundung der Reichsfinanzen aus der Arbeiterklasse herauszupressen.

Ist der Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht gekommen, so bestehen zwei Möglichkeiten, um diesen Mißstand zu überwinden. Man versucht den Fehlbetrag durch gesteigerte Einnahmen zu decken oder man vermindert die Ausgaben. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind aber schon dergestalt, daß aus der Arbeiterschaft kaum noch etwas herauszuholen ist, und im Bürgertum, das im Besitze der politischen Macht ist, besteht nicht die geringste Neigung, aus ihren Schichten die Mittel aufzubringen. Also Ersparnisse in den einzelnen Etats. Auch hier können zwei Wege gegangen werden, in dem gleichmäßig an sämtlichen Staatsausgaben gespart wird, oder die Sparmaßnahmen erfassen nur bestimmte Teile der Staatsausgaben. Aber das Bürgertum will seine Macht ausnützen und geht den letzten Weg, indem es die Ausgaben für das unsinnige Militärspiel soviel wie gar nicht angreift, dafür aber die Zuschüsse für soziale Zwecke umso mehr beschneidet. Die Gelder, die durch die Steuerpresse nicht mehr aus der Arbeiterschaft herausgequetscht werden können, sollen nun auf diesem Wege ihren Ausgleich finden.

Die deutsche Sozialpolitik, die bisher der ganzen Welt als leuchtendes Vorbild galt, steht jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt. Die mit Hilfe der Arbeiterschaft ausgebauten sozialen Versicherungen sollen einen von langer Hand vorbereiteten Abbruch erfahren. Die bereits bekannten Anfänge des Abbaues decken sich ziemlich mit den Forderungen der Unternehmerverbände. Trotzdem diese „Reformen“ für die Betroffenen eine Kette neuen Elends bedeuten, gedenken die herrschenden Schichten ihr Programm weiterzuführen.

Die Ausgaben der sozialen Versicherungen sollen in erster Linie und im Prinzip durch Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber gedeckt werden. Das Reich hat den einzelnen Versicherungszweigen bestimmte, gesetzlich geregelte Zuschüsse zu leisten. In Zeiten starker wirtschaftlicher Depression mit einem großen Heer von Arbeitslosen müssen die Einnahmen durch Beiträge beträchtlich sinken, die Ausgaben für Unterstützungen dagegen gewaltig steigen. Dieser Zustand herrscht heute in allen Versicherungszweigen. Die Folge ist eine starke Belastung des Staatshaushaltes, aus dem die Fehlbeträge gedeckt werden müssen. Welche Mittel aus der Staatskasse in die sozialen Versicherungen fließen, zeigt die folgende Gegenüberstellung. Im kaiserlichen Deutschland betragen die Zuschüsse für das ganze Versicherungsgebiet im Jahre 1913 noch nicht 60 Millionen Mark, dagegen wurden im Jahre 1929 über 1500 Millionen Mark an Zuschüssen geleistet, wovon der größte Teil auf die vor dem Kriege noch unbekannte Arbeitslosenversicherung entfällt. Um die Fehlbeträge des laufenden Jahres zu decken, das bekanntlich schon mit einer hohen Arbeitslosigkeit begann, würden unter Wahrung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen die Zuschüsse in genannter Höhe bei weitem nicht ausreichen. Die Beschaffung dieser Mittel hat in den vergangenen Monaten die schärfsten innenpolitischen Kämpfe verursacht. An der Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist das Kabinett Müller gescheitert, denn die Volkspartei lehnte jegliche Beitragserhöhung als für die Wirtschaft unerträglich ab. Trotzdem wurde später der Beitrag vom Bürgerblock über die von der Regierung Müller vor-

gesehene Höhe hinaufgesetzt. Es war also nicht die Beitragshöhe, welche die großen Schwierigkeiten bereitete, sondern das Rütteln an den Versicherungsleistungen. Die neue Regierung legte dem Reichstag ihr Finanzprogramm vor, in dem der Abbau der Sozialversicherung sowie andere unsoziale Maßnahmen sich den Rang abliefen. Der Reichstag verweigerte seine Zustimmung, was die Regierung mit der Reichstagsauflösung beantwortete. Die Regierung nahm sich nun auf Grund des Artikels 48 der Verfassung die Freiheit, um auf dem Wege der Notverordnung die Maßnahmen zu ergreifen, die im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit fanden.

Der Bürgerblock veröffentlichte in den Notverordnungen einen Teil seines Sparprogrammes, in dem der Abbau der Sozialversicherung den Reigen eröffnet. Daß der Angriff auf die Sozialpolitik mit an erster Stelle steht, zeigt den Geist und das Wollen dieser Kreise offensichtlich. Die Arbeitslosenversicherung, zu der infolge der großen Erwerbslosigkeit bedeutende Zuschüsse geleistet werden müssen, ist das Schmerzenskind unseres Staatshaushaltes. Die Deckung und Senkung des Fehlbetrages in dieser Versicherung ist eine ernste Aufgabe, an der auch die Arbeiterschaft interessiert ist. Aber der von der Regierung beschrittene Weg mußte die schärfste Ablehnung der Arbeiterschaft erfahren, denn er wird nur einseitigen Unternehmerwünschen gerecht, während er für die Arbeiter nur Verschlechterungen bringt. Der Beitrag zur Versicherung wurde, obwohl der Wirtschaft ihren Beteuerungen zufolge vor einigen Monaten die geringste Erhöhung untragbar war, nun sogar auf 4,5 Prozent festgesetzt. Für dieses große Entgegenkommen erfüllte man den Unternehmern eine Reihe ihrer Abbauforderungen. Die wichtigsten Änderungen seien in Erinnerung gebracht. Die Wartezeit wurde für alle Erwerbslose, die keine zuschlagsberechtigten Angehörige haben, auf 14 Tage ausgedehnt. Diese Bestimmung trifft vor allen Dingen die Ledigen, welche nicht mehr bei den Eltern wohnen. Wer in den letzten 18 Monaten keine 52 Wochen ununterbrochen gearbeitet hat, erhält nicht die volle Unterstützung. In den oberen fünf Lohnklassen wird die Unterstützung um ein bis zwei Klassen herabgedrückt. Durch diese Maßnahme erhalten kaum die Hälfte aller Arbeitslosen ihre volle Unterstützung. Beitragserhöhung und Sparmaßnahmen sollen einige hundert Millionen des Defizits decken. Das andere Abbaufeld ist die Krankenversicherung. Für den Krankenschein hat der Versicherte 50 Pfennig zu zahlen, und für jede Verordnung von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln sind nochmals 50 Pfennig beizutragen. Die Familienhilfe wird eingeschränkt, an allen Einrichtungen, die auf Krankheitsverhütung hinielen, sollen die Mittel eingeschränkt werden. Bei diesen Maßnahmen geht es weniger um das Sparen von Reichszuschüssen; denn diese sind bei der Krankenversicherung nicht allzu hoch. Das Ziel deckt sich mit den Wünschen der Unternehmer, in der Krankenversicherung eine Beitragssenkung durchzuführen, um für die Zugeständnisse in der Arbeitslosenversicherung einen Ausgleich zu schaffen. Die Bilanz der Schlußrechnung soll die sein, daß die Beiträge für sämtliche Versicherungen nach den verschiedenen Reformen die gleichen sind, wogegen die Leistungen in den Versicherungen gesenkt wurden.

Die Sozialpolitik steht zur Zeit auf etwas schwankenden Säulen; denn das Bürgertum wird in der beginnenden Regierungsperiode nichts unversucht lassen, um die Sanierung der Reichsschuld auf Kosten der Sozialpolitik fortzusetzen. Die Arbeiterschaft konnte in der letzten Wahl trotz dieser Angriffe auf ihre Positionen aus der stärkeren Wahlbeteiligung keine Erfolge buchen. Zum Teil dürfte es darauf zurückzuführen sein, daß die Auswirkungen des sozialpolitischen Abbaues sich erst jetzt bemerkbar machen. Gerade nach der Wahl muß immer wieder auf die Angriffe hingewiesen werden, denen die Sozialpolitik durch die politische Macht des Bürgertums ausgesetzt ist. Während die bürgerlichen Parteien fast alle offen gegen die Sozialpolitik ankämpfen, konnte sich ihr extremer Flügel, die Nationalsozialisten, denen im letzten Wahlkampf Millionen Verzweifelte ihre Stimme gaben, um eine Entscheidung drücken. Zwar hat sich diese Partei einen sozialistischen Namen zu eigen gemacht und ihre Anhänger erwarten soziale Maßnahmen, aber wer die unter den Führern herrschende Ansicht kennt, weiß, daß die sozialen Forderungen nur dem Zwecke dienen, Dumme zu fangen. Die organisierte Arbeiterschaft muß in den kommenden Jahren in ihrer Arbeit besonders dieser Partei bedacht sein, damit in Zukunft nicht mehr diese Millionen vor den Karren der Unternehmer gespannt werden können.

Der Kampf um die Sozialpolitik ist gleichzeitig ein Kampf um die politische Reinigung innerhalb der notleidenden Schichten und verschärft die Trennungslinie zwischen den zwei großen Gesellschaftsklassen, Kapital und Arbeit. Wagen wir den Angriff!

Prolet.

## Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene

Die alljährlich in den Herbst fallende Jahreshaupttagung wurde diesjährig in der Technischen Hochschule in Breslau abgehalten. Sie war von den gewerbehygienisch tätigen Ärzten und Technikern, Delegierten der Gewerkschaften und Krankenkassen ebenso wie von den Reichs- und Landesvertretern stark besucht. Die Hauptthemen lauteten: „Arbeit und Wohnung“, „Hygiene in kaufmännischen Betrieben und im Büro“. Das zweite Thema berührt unsere Kollegenschaft wenig und kann hier übergangen werden. Es rief eine sehr lebhaft und lange Diskussion hervor, an der sich Vertreter aller Richtungen der kaufmännischen Verbände beteiligten.

Über „Arbeit und Wohnung“ referierte Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalski vom ärztlichen, Ministerialrat Hermann vom städtebaulichen Standpunkt und Oberingenieur Richter ergänzte die Ausführungen von der Betriebsgestaltung aus. Arbeit und Wohnung haben enge Beziehungen zueinander. Die Wohnfrage ist für die arbeitenden Massen eine der brennendsten Zeitfragen, nicht nur für Wohnungslose, sondern auch für Millionen Schlechtwohnende. Wir werden es im Ablauf des täglichen Lebens kaum gewahr, wie groß die gesundheitlichen und die sittlichen Gefahren für die Mieter der ungezählten Menge schlechter Großstadtwohnungen sind, so sehr haben wir uns leider daran gewöhnt. So bitter nun uns ein vernünftiger Sport tut, aber ohne Beschaffung gesunder Wohnungen wird sich der Sport vergeblich mühen, eine Veredelung unserer Lebensgewohnheiten und eine körperliche Kräftigung der jetzigen und zukünftigen Generation herbeizuführen. Eine Klein- und Kleinstwohnung, mit denen wir uns leider in den kommenden Zeiten unserer wirtschaftlichen und nationalen Armut abfinden müssen, ist, wenn Licht und Luft kräftig eindringen können, noch ein Segen gegen die Hofföhlen, in denen jetzt arbeitende Menschen wohnen, schlafen und speisen müssen. Das Entfernungsverhältnis zwischen Wohnung und Arbeitsstelle ist von großer Bedeutung für die Arbeitshygiene. Wer jahraus, jahrein in einer ungesunden Wohnung zubringen und dann noch lange Wege zum Betriebe zurücklegen muß, ist für die Anstrengungen der Arbeit schon vorbelastet. Es ist alles versäumt worden, die Arbeitsstätten mit den Wohnstätten in eine vernünftige Verbindung zu bringen. Die viel zu lange Geh- und Fahrzeit früh und abends fehlt dem Arbeiter an der Pflege des Familienlebens, an Körperpflege und Benutzung der Kulturgaben. Die Nähe der Fabrik in ihrer modernen Gestaltung beeinträchtigt nicht die Hygiene der Wohnung, wenn Licht und Luft durch sie durchziehen können und durch eine gute Heiztechnik jäh Temperaturwechsel vermieden werden. Diese Vorteile aber hat jede nicht in der verbauten Stadt gelegene Kleinwohnung neuerer Bauweise. Siemensstadt und Gartenfelde sind das Muster eines guten Entfernungsverhältnisses von Betrieb und Wohnung. — Die Redner schöpften das Thema nach der hygienischen und wohntechnischen Seite hin gründlich aus. Drei Grundsätze im Verhältnis zu Wohnung und Betrieb sind aufzustellen: Neue Betriebsanlagen müssen neue Wohnanlagen in der Nähe haben. Zugebaute Städteteile dürfen nie wieder aufkommen, denn nicht Bodenwucher, sondern gesunde offene Wohnstätten tun uns not. Als dritter Grundsatz: Großzügige Speiseräume und Küchen in den Betrieben, damit auch bei entfernter Wohnung dem Arbeiter die warme Mahlzeit gesichert ist. — Die Vorträge werden in einiger Zeit im Druck erscheinen und Gelegenheit bieten, sie in ihrer Ausführlichkeit kennen zu lernen.

Recht fesselnde Darlegungen wurden unter den Referaten über: Neue wichtige Beobachtungen über gewerbliche Gesundheitsgefahren gemacht. — Prof. Dr. Brezina (Wien) sprach über die körperliche und seelische Beschaffenheit mehrmals verunfallter Industriearbeiter. — Gewerberat Strehle und Medizinalrätin Rosenthal berichteten über schwere Gesundheitsgefahren durch Anwendung einer neuen Anstrichmethode mit Inertol. — Andere Referate behandelten die neuen Erfahrungen bei Entgasung von Kanälen, Kohlenoxydvergiftungen u. a. — Unser Vertreter, Kollege Leinen, referierte über: Eine Statistik der gewerblichen Hauterkrankungen in den graphischen Berufen und wurde mit voller Aufmerksamkeit und Gespanntheit angehört. Der Inhalt seines Referates ist in dem Aufsatz in Nr. 37 der „Graphischen Presse“ enthalten. In der Diskussion ergänzte Universitätsdozent Dr. Mayer (Breslau) die Ausführungen von Untersuchungen aus, welche er an Chromvergiftungen gemacht hat.

Auch diese Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene hat Aufklärungen und Gedanken zusammengetragen, die nach und nach ihre Rückwirkungen zugunsten der werktätigen Kreise ausüben werden.

# VERBAND UND BERUF

## Untergang des Formstechergewerbes?

Die Kollegen vom Formstich sehen sich zur Zeit einer Arbeitslosigkeit gegenüber, die alles bisher Bekannte hundertfach übersteigt. Die beschäftigten Formstecher sind eine Seltenheit, die nach Arbeit fragenden Berufsangehörigen in großer Zahl vorhanden. Ein schöner Beruf, der vielen Menschen Freude in die Wohnung trug, erlebt einen Niedergang, der in den eigenartigen Wirtschaftsverhältnissen unserer Zeit und in dem gewandelten Geschmack einen wesentlichen Teil Ursache findet. Trotzdem wäre manches zu tun, dem Formstechergewerbe helfend zur Seite zu stehen. Aber wirtschaftliche Kurzsichtigkeit ist das Zeichen unserer Zeit, der sich auch jene beugen, die von der Produktion wie vom Verkauf der Tapete leben.

Wir haben schon wiederholt von dem Bemühen des Hauptvereins Deutscher Tapetenhändler berichtet, die zweijährige Musterkarte zur Einführung zu bringen und unsere Einwände dagegen geltend gemacht. In letzter Zeit griffen die Tapetenhändler ihren alten Plan wieder erneut auf und traten mit dem Antrage an den Verband Deutscher Tapetenfabrikanten heran, die diesjährige Tapetenkollektion zwei Jahre durchzuführen und im nächsten Jahre keine neue Kollektion zu bringen. Der Verband Deutscher Tapetenfabrikanten hat sich in seiner Generalversammlung am 27. September d. J. mit diesem Antrag beschäftigt und steht auf dem Standpunkt, daß eine derartige „Atempause“ durchaus vonnöten ist und für Handel und Industrie in gleicher Weise von Vorteil sein dürfte. Er ist deshalb auch bereit, den an ihn ergangenen Wünschen Rechnung zu tragen, wobei er aber — ebenso wie der HDT. — die Auffassung vertritt, daß sich das erstrebte Ziel ohne nachteilige Folgen für den einen oder anderen nur dann erreichen läßt, wenn sich alle Tapetenfabrikanten seiner Auffassung anschließen und den erkannten Notwendigkeiten durch die Tat gerecht werden.

Wie weiter berichtet wird, will der Verband Deutscher Tapetenfabrikanten sich bemühen, die Tapetenfabrikanten unter einen Hut zu bringen und dann die zweijährige Musterkarte dekretieren. Vorläufig ist es noch nicht so weit, aber sollte es gelingen, dann muß die Beschäftigungslosigkeit der Formstecher zur Dauererscheinung werden. Das Zusammendrängen der Stichearbeit der Tapetenfabrikation führte so schon stark an den Saisoncharakter; die „saure Gurkenzeit“ forderte ihre Opfer. Mit der Verdrängung der Linoleumindustrie mit ihrer Beschränkung der Musterzahl wurden weitere Axtschläge gegen die Wurzel des Formstechergewerbes geführt. Die Auslandsarbeit, die eine Zeitlang einen Ausgleich für die zurückgehenden Aufträge dem Formstechergewerbe bot, läßt jetzt auch auf sich warten. Die Folge aller dieser Erscheinungen ist eine riesige Arbeitslosigkeit aller Formstecher, die ohne folgenschwere Wirkungen nicht bleiben wird.

Die moderne Industrie ist zweifellos Maschinenindustrie. Aber soviel auch bis jetzt Versuche gemacht worden sind, die Arbeit des Formstechers der Maschine zu übertragen, sie schlagen fehl. Und bei dem kleinen Umfang des Formstechergewerbes, der sich durch die kurzfristigen Maßnahmen der Tapetenhersteller und Verkäufer noch mehr verkleinern muß, wird die manuelle Arbeit des Formstechers noch weniger der Maschine ausgeliefert werden. Die Gefahr für die Existenz des Formstechergewerbes kommt von der Produzentenseite! Denn kein Gewerbe kann sich halten, daß seinen Ausübenden so gut wie keine Arbeitsgelegenheiten mehr bietet. Und das ist der Fall mit Einführung der zweijährigen Musterkarte. Die Tapetenfabrikanten erzwingen mit ihrem evtl. Beschluß den Untergang des Formstechergewerbes, der unerbittlich ihren Untergang nach sich ziehen muß. Denn haben sich die gelernten und beruflich gut ausgebildeten Formstecher, durch Dauerarbeitslosigkeit dazu gezwungen, in anderen Berufen unter riesigen Opfern placiert, dann ist der Werbekraft der deutschen Tapetenindustrie durch neue, moderne Muster ein Ziel gesetzt. Denn was die in anderen Berufen tagelöhner arbeitenden Formstecher in voller Verknennung ihrer Menschenwürde abends an der Ofenbank schustern, ist nur geeignet, die Tapetenindustrie ganz in den Sumpf der Vergänglichkeit zu drängen. Die Lithographie hat dafür bitterböse Beispiele geliefert. Es war doch so geworden, daß sich jeder Mensch mit Grausen von solchen Produkten abwand. So erging es auch der Tapetenindustrie, wenn sie den kurzfristigen Wünschen der Tapetenhändler Rechnung trägt und damit das Formstechergewerbe dem Untergang weihet. Sie sei gewarnt! Nicht um des Formstechergewerbes willen, sondern ihres eigenen Geschickes wegen. Wer im Druckgewerbe die Axt an die Bilderzeugung legt, legt sie zugleich an das Fertigprodukt. Für diese Selbstverständlichkeit war wohl bisher in den Kreisen des

gewerblichen Unternehmertums wenig Verständnis vorhanden, aber der Gang der Ereignisse hat ihnen doch manche Lehre erteilt. Jedenfalls wehrt sich mit Recht der Geschmack der Konsumenten gegen Maßnahmen, die sein Empfinden einengen wollen. Und geht die Tapetenindustrie doch dazu über, aus Rücksicht auf besseren Verdienst die Bemusterung einzuschränken, dann verliert sie naturgemäß noch mehr an den vielbeweglicheren und auf alle Wünsche des Publikums eingehenden Anstrich. Das ist ganz selbstverständlich. Die Tapetenindustrie kann den Wünschen der Tapetenhändler nur unter Gefährdung ihrer eigenen Existenz nachkommen. Das steht zur Beachtung!

## Deutsche Tageszeitung AG.

Während des Wahlkampfes vollzog sich fast unbemerkt ein Ereignis, das mit seinen Zusammenhängen wert ist, auch in unserer Presse erwähnt zu werden. Am 1. September waren es 25 Jahre, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in eigener Druckerei hergestellt wird. Aus diesem Anlasse erschien eine Sondernummer in Tiefdruck mit Abbildungen und Artikeln über den Werdegang der Druckerei. Zu den in dieser Sondernummer enthaltenen Artikeln der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der „Deutschen Tageszeitung AG.“, Frhr. H. v. Wangenheim und Dr. H. Rauschenbusch muß einiges erwidert werden. Es bietet sich nicht alle Tage Gelegenheit, den Kollegen die Vorkämpfer „Für deutsche Arbeit in Stadt und Land“ im Original zu zeigen und ihnen eine Urteilsbildung zu ermöglichen.

In seinem Artikel „Für deutsche Arbeit in Stadt und Land“ behandelt Wangenheim die bekannten Gegensätze zwischen Stadt und Land und weist durch Zahlen auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugung und ihres Bedarfes an Produkten anderer Erwerbszweige hin. Das wichtigste scheint mir jedoch der Absatz zu sein, den er zur Einleitung aus der ersten Probenummer der „Deutschen Tageszeitung“ vom 12. August 1894 abdruckt.

*„Mammonismus und Schachertum, müheloses Reichwerden und aussaugendes Schmarotzertum ist undeutsch; deutsch ist ehrliche, schlichte, treue Arbeit. Dieser Arbeit wollen wir zu ihrem Recht verhelfen, mit aller Entschiedenheit, mit aller Energie, in jeder Beziehung, zu ihrem guten und klaren Rechte, das ihr bestritten wird auf der einen Seite durch den alles überwuchernden, das Fett abschöpfenden, mit dem Arbeitserträge spielenden Kapitalismus, auf der anderen Seite durch den alles gleich und tot machenden, die Selbständigkeit vernichtenden, zu stumpfsinniger Fronarbeit zwingenden Sozialismus. Ob man die unbehaglichen Mahner der Demagogie beschuldigt, läßt uns ganz kühl. Der Mittelstand ist der Träger unseres Staates. Wird dieser Träger morsch, dann sind wir verloren. Die Geschichte lehrt's auf jedem Blatte; wer die Ohren verschließt, verlange nicht auch von anderen, daß sie zu hören verlernen sollen. Nicht der ist staatsertaltend, der den gegenwärtigen Bestand des Staates hütet mit allen seinen Mängeln und Mißgestalten, mit allen seinen Schäden und Schädlingen, sondern der seinen Bestand für die Zukunft sichert, unbekümmert um das ungnädige Kopfschütteln der Kreise, die maßgebend zu sein wähnen. Nicht für eine einzelne Wirtschaftsgruppe treten wir ein, sondern für alle Stände und Gruppen, für alle Wirtschaftsgebiete, für alle ehrliche Handtierung, für deutsche Arbeit in Stadt und Land!“* (Die Hervorhebungen sind von uns vorgenommen. Die Schriftleitung.)

Dr. Rauschenbusch behandelt die Entwicklung der „Deutschen Tageszeitung AG.“ in den verfloßenen Jahren bis zur bekannten Interessengemeinschaft für Druck und Verlag G. m. b. H., deren Gründung auch in unserer Presse mitgeteilt wurde. Den letzten Abschnitt des Artikels müssen wir wörtlich mitteilen, er lautet:

*„Aber nicht der gewaltige Bau, nicht der moderne Maschinenpark sind am heutigen Tage der Gegenstand unserer Hauptfreude, sondern die Tatsache, daß wir vielen Hunderten von Angestellten und Arbeitern Erwerbsmöglichkeiten bieten können. Überall läßt der Auftragseingang nach und zum Herbst muß leider mit einer noch größeren Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Damit erwächst dem deutschen Volke eine schwere Gefahr, ihr zu begegnen ist die Pflicht jedes Verantwortungsbewußten. Aber das deutsche Volk ist an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Viele verkennen auch heute noch den Wert der Arbeit, die sie als etwas Lästiges und Unangenehmes empfinden und daher beschränkt wissen wollen. Andererseits werden starke gesteigerte Lebensansprüche geltend gemacht, die sich in hohen Löhnen ausdrücken. Diese sollen möglichst als Minimalbezüge gesichert werden, wie man überhaupt bemüht ist, sich gegen alle Wechselfälle des Lebens von vornherein zu schützen. Die Wirkungen solcher Übertreibungen können natürlich nicht aus-*

bleiben, zumal gesunde soziale Gedanken durch Verknennung der menschlichen Eigenschaften wie gewisser wirtschaftlicher Gebundenheiten in der Praxis vielfach ins Entgegengesetzte verwandelt werden und damit die Wirtschaft unnütz belasten. Zu hohe Löhne stärken im übrigen nur den Druck auf die Ersetzung der menschlichen Arbeit durch maschinelle Arbeit. Die Folgen aus alledem hat in erster Linie die Arbeiterschaft selber zu tragen. Daher ist Abkehr von solchen Methoden erforderlich. Erkenntnis und Anpassung an die wirtschaftliche Lage sollte heute mehr denn je eine Selbstverständlichkeit sein. In diesem Zusammenhang erkenne man auch endlich den Wert und die Bedeutung des arbeitsschaffenden Unternehmers an, der nicht der Feind, sondern der Schicksalsgenosse des Arbeiters ist. Über altem bedenke man endlich, daß der Mensch ohne Arbeit an Geist und Körper verkümmert und daß die Arbeit die einzige wirkliche Lebensbefriedigung bringt.

Nur die Arbeit kann erretten,  
Nur die Arbeit sprengt die Ketten,  
Arbeit macht die Völker frei.“

Aus den angeführten Zitaten wird jeder Kollege das landläufige Gesicht der deutschen Unternehmer erkennen. Deren Anwürfe gegen die Arbeiter — Faulheit, Rentenpsychose, stark gesteigerte Lebensansprüche und Verknennung der Arbeitgeberleistung — auch hier variiert werden. Die volkswirtschaftliche Wirkung der „hohen Löhne“ wurde ja schon oft in der „Gr. Pr.“ behandelt und auch die Ursachen, daß die Arbeiterschaft die Kosten der Rationalisierung trägt. Hier, bei diesem Punkt, sieht man die Gegensätze am deutlichsten, die eine Seite niedrige Löhne, nur aus Betriebsegoismus, ohne die volkswirtschaftlichen Folgen zu betrachten, die andere Seite, hohe Löhne, um Kaufkraft für die rationalisierte Massenproduktion zu schaffen.

Der poetische Schluß des Dr. Rauschenbusch klingt sehr nach „veräppeln“, wie der Berliner sagt. Wir sind natürlich von dem hohen Wert der Arbeit ebenfalls überzeugt, unter dem gegenwärtigen System jedoch wird der Wert nicht anerkannt, sondern man kann ruhig sagen, daß für den Arbeiter und Angestellten durch ihre Arbeit die Ketten nicht gesprengt, sondern immer noch dicker, härter und fester werden. Eine kurze Betrachtung der fünfjährigen Tätigkeit als geschäftsführende Vorstandsmitglieder der „Deutschen Tageszeitung AG.“ zeigt, wie die Wege auseinander gehen und keine Spur von einer besonderen Anerkennung der „ehrliehen, schlichten, treuen Arbeit“ vorhanden ist.

In der Jubiläumsausgabe wird des langen und breiten das Wachsen der Firma gezeigt. 3,1 Millionen konnten in den letzten fünf Jahren zum Bau und für Erweiterung verwendet werden. Die Sachwerte gingen heil durch die Inflation. Das Aktienkapital wurde erhöht. Der Betrieb brachte beträchtliche Gewinne, an denen das Personal Anteil hatte. Die Bezahlung der Löhne und Gehälter erfolgte nach den abgeschlossenen Tarifen, ohne jedoch die in ähnlichen Großbetrieben üblichen Höherbezahlungen zu erreichen. Trotz erheblicher Leistungssteigerung, genauer Kontrolle durch Arbeitszettel und sonstiger statistischer Arbeiten, wird angeblich immer weniger verdient und im letzten Geschäftsjahr keine Dividende ausgeschüttet, so daß ein oberflächlicher Betrachter zu der Überzeugung kommen könnte, daß auch die „Deutsche Tageszeitung AG.“ nicht durch die Arbeit zu erretten ist. O, nein — man hatte Absichten? — Wenn nun noch jeder Arbeiter eine Nummer bekommt nach Einführung der Stoppuhr, dann sind wir von der „stumpfsinnigen Fronarbeit des Sozialismus“ nicht mehr weit Herr Freiherr, nur mit dem Unterschied, daß jetzt von einigen geerntet wird.

Zusammengefaßt ist also zu sagen, daß die „ehrliehen, schlichten, treuen Arbeit“ in der „Deutschen Tageszeitung AG.“ nicht zu ihrem Rechte kommt, sondern genau nach dem üblichen Schema gearbeitet wird und festgestellt werden muß, daß die ehemaligen Einrichtungen für das Personal abgebaut werden, daß die Firma für keinerlei Verbesserungen Verständnis hat, Wochenende, Kürzung der Arbeitszeit, bessere Entlohnung der entsprechenden Leistungen, nur nebenbei. Wie weit die hohen Löhne reichen, ist ja durch viele statistische Veröffentlichungen für den, der es sehen will, ganz klar, so daß hier nichts hinzugefügt zu werden braucht. Eine Verknennung der Unternehmerpersönlichkeit liegt uns fern, jedoch müssen wir für uns dasselbe beanspruchen und sind schon der Meinung, daß für die Arbeiter und Angestellten auch heute schon viel mehr getan werden muß, denn sonst pfeifen wir auf das System, das beim Rechnen und Kalkulieren, Bauen und Einrichten vergibt, daß die Mitarbeiter Menschen sind, Menschen genau so nach dem Ebenbilde Gottes wie Freiherrn und Dr., Menschen, die ein ungestilltes Sehnen nach Gerechtigkeit und Freiheit und menschenwürdigen Verhältnissen für alle in ihrer Brust tragen.



# LITERATUR UND KUNST

## Wissen

Von Franz Anton Bechtold.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Was ist Wissen?

Wissen, Wissen und Wissen muß man wohl auseinanderhalten. Ein junger Freund erklärt: „Ich weiß, was ich zu tun und zu lassen habe“. Ist das Wissen? In der Schule hat jeder gelernt, daß der Dreißigjährige Krieg 1618 begonnen und 1648 beendet wurde. Ist das Wissen? Ein Bekannter erklärt mir: „Ich weiß, was du denkst“. Weiß unser Freund wirklich, was er zu tun und zu lassen hat? Wissen wir wirklich, daß der Dreißigjährige Krieg 1618 begonnen hat und 1648 beendet wurde, und weiß mein Freund wirklich, was ich denke? Wie verhält es sich mit diesen drei Behauptungen?

Vorweg: alle drei Behauptungen sind ungenau. Unser Freund glaubt zu wissen, was er zu tun und zu lassen habe. Er fühlt sich gehoben, wirft sich in die Brust und wehrt die Mahnung ab, aber sein augenblickliches Gefühl ist kein Wissen, sondern eben nur ein Gefühl, vermischt mit etwas Eitelkeit und Großtuererei. Wissen ist es jedenfalls nicht; man könnte allenfalls davon sprechen, daß er sich eine Meinung davon gebildet habe, was er tun und lassen solle. Ob der Dreißigjährige Krieg 1618 anfang und 1648 beendet wurde, wissen wir nicht, sondern wir haben dies gehört oder gelesen. Die Geschichtsforscher und Geschichtslehrer berichten es. Wir müssen es ihnen überlassen, nötigenfalls die genaueren Beweise dafür beizubringen. Jedenfalls: wir wissen es nicht, ob dies stimmt oder nicht. Unser Freund weiß auch nicht, was wir denken, sondern er glaubt es zu wissen. Das aber ist nur eine Vermutung. Eine Vermutung ist weit entfernt von Wissen.

Wissen heißt: So und nicht anders ist es gewesen, oder so, nicht (aber auch kein bißchen) anders ist es. Den Begriff Wissen muß man unbedingt so genau fassen, sonst kommt man in der Erkenntnis und im Urteilen nicht zu Rande. Es ist keine Wortmacherei und keine Spitzfindigkeit, den Begriff Wissen genau zu fassen und genau zu nehmen. Achten wir genau darauf, ob wir etwas wissen oder nur vermuten, meinen, glauben, dann üben wir uns im Denken, Urteilen. Wir werden so geistig genauer und gründlicher. Das gründlichere Denken ist zuverlässiger. Wir werden nach dem genaueren Denken auch genauer und sorgfältiger handeln. Wenn immer mehr Menschen gründlicher denken und urteilen, wird das Leben erträglicher. Die Menschen reden nicht so vielen Unsinn, reden nicht so viel aneinander vorbei, streiten weniger, und dies ist ein großer Fortschritt. Sie werden nach alledem ihre Kräfte und Fähigkeiten nützlicher anwenden: das Leben nicht nur erträglicher machen, sondern auch schöner, im ganzen lebenswerter.

Vermutung, Meinung, Glauben, Wahrscheinlichkeit, Wissen.

Vermuten, meinen, glauben soll man aber auch nicht so ohne weiteres. Über eine Angelegenheit, mit der man sich beschäftigt hat, über die man manches gehört oder gelesen hat, die man beobachtet, mit anderen verglichen oder vielleicht auch untersucht hat, kann man schon eine Meinung oder seine Meinung haben. Aber von Dingen, Sachen und Angelegenheiten, von denen man zum erstenmal hört und über die man selber noch nicht nachgedacht hat, kann man nicht gleich in demselben Augenblick eine Meinung haben, in dem man etwas darüber liest oder hört. Man kann vermuten, daß dies stimmen oder nicht stimmen könne, aber der Unsicherheit des Vermutens muß man sich bewußt sein. Die Vermutung ist sozusagen der erste Grad zum Wissen. Nach ihr kommt die Meinung, dann der Glauben, dann die Wahrscheinlichkeit und dann die Wahrheit (oder das Wissen). Vermuten heißt: Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß dies stimmt oder nicht stimmt, so oder so ist. Meinen heißt: dies scheint mir so oder so zu sein. Ich kann dies zwar nicht zureichend begründen oder beweisen, aber den einen oder anderen Grund kann ich doch angeben. Glauben ist ein „Für-wahr-halten“. Der Glaubende ist überzeugt, daß sich eine Angelegenheit so verhält, wie er glaubt, ohne dies genau oder haarscharf beweisen zu können. Wahrscheinlich ist alles, wofür wir viele Gründe oder Beweise beibringen können, wir aber die letzte, volle Gewißheit noch nicht haben.

Über all dem darf man nicht übersehen, daß Vermutungen, Meinungen, Glauben, Wahrscheinlichkeit mit der Wirklichkeit übereinstimmen können, wir können eben nur keine zureichenden Gründe und vollen Beweise dafür beibringen. Aber auf die zureichenden Gründe und vollen Beweise müssen wir bedacht sein. Wir müssen uns aber bei unseren Vermutungen, Meinungen, beim Glauben und bei Wahrscheinlichkeiten bewußt sein, daß es eben auch anders sein kann. Sollen wir aber, da doch Vermutungen, Meinungen, Glauben, Wahrscheinlichkeit unsicher sind, uns auf solche

Möglichkeiten gar nicht einlassen? Etwa nur dann sprechen und handeln, wenn wir ganz sicher sind, daß wir auf dem rechten Weg sind?

Bedeutung des Vermutens, Meinens, Glaubens und der Wahrscheinlichkeit.

Denken ist noch kein Handeln, aber das Handeln hängt vom Denken ab. Da gibt es drei Hauptmöglichkeiten: das Handeln nützt oder es schadet, oder es nützt nichts und schadet auch nichts. Selten wird es so sein, daß das Handeln weder nützt noch schadet, sondern es wird eben doch (auch wenn nicht offenkundig) nach der einen oder anderen Seite ausschlagen. Nun ist aber der Mensch nicht immer so gestellt, daß er nach Belieben denken kann. Oft drängt ihn etwas zum Denken in dieser oder jener Richtung. Er stellt sich eine Aufgabe und möchte sie lösen, oder es wird ihm eine gestellt, und diese soll er lösen. Was tun? heißt es hier. Jetzt kommt es sehr darauf an, ob er vermutet, meint, glaubt oder weiß. Oft bleibt nur die Wahl, zuzugreifen, etwas zu unternehmen oder untätig zu bleiben. Was aber tun? Sinnlos handeln möchte man nicht, genaues weiß man nicht. Wie soll man sich da verhalten?

## Ich muß wandern.

Ich muß wandern. Ohne Ruck  
Zieh' ich durch der Wälder  
Schimmerndes Gedeihen.  
Auf den Feldern, fruchtstschwer,  
Halt ich Raß. —

Gefällt nicht auch dir  
Des Adlers stolzer Flug?  
Oder einer so nützlichen Ruch  
Gemächliches Wiedertäuen auf  
Saftiger Alm mit blauem  
Sonnenshimmel und weißen  
Wölflchen daran?  
Es sind der Erde unzählige Wunder  
Überall, wenn deinen Fuß du  
Aus dumpfer Befassung in den  
Sonnenschein fests.

Lichtdurchbrauste Natur!  
Unter deinen Winden will ich ruhig  
Vorwärts schreiten.

Alexander Merly.

Es bleibt keine andere Wahl, als mit Vermutungen anzufangen, was richtig, falsch, zweckmäßig oder unzweckmäßig sein könnte. Auf die Vermutung hin, dies könnte richtig sein, handeln wir oder wir bleiben untätig. Ob unsere Vermutung richtig war, das ersehen wir erst, wenn wir das Ergebnis unserer Handlung kennen. Soll uns aber die Unsicherheit der Ergebnisse abschrecken, etwas zu unternehmen, wo es nötig erscheint? Es kommt hierbei sehr darauf an, ob Gefahr vorhanden ist und jede Verzögerung großen Schaden bringen könnte. So, wenn jemand zu ertrinken droht, wenn ein Feuer ausgebrochen ist, jemandem ein Unglück droht. Für alle, die in solchen Fällen etwas gegen das drohende Unglück tun können, ist es Pflicht, nach bestem Wissen und Können zu helfen. Allerdings, wer nicht schwimmen kann oder körperlicher Leiden wegen der Rettung nicht gewachsen ist, von dem darf man nicht verlangen, daß er in die Fluten springt. Was unternommen wird, muß auch einen Sinn haben. Aber auch wer seelisch und körperlich etwas zur Abwendung von Gefahren tun kann, sollte sich einen Augenblick überlegen, wie er am zweckmäßigsten und wirksamsten zugreift. Denn beim Handeln selber kann man die Fehler meist nicht mehr gutmachen, die man beim Beginn gemacht hat.

Handelt es sich aber um Fragen, die nicht alsbald gelöst werden müssen, dann kann man sich eine Meinung bilden: das Mögliche, Wahrscheinliche hin und her überlegen. Aber dieses muß seine Grenzen haben. Wer zuviel bedenkt oder zu lange bedenkt, gerät in Unschlüssigkeiten hinein, und das führt zu Untätigkeit und Zeitvergeudung. Unentschlossenheit macht den Menschen zwiespältig, sie zehrt seine Kräfte auf, ohne daß dabei etwas geleistet wird. Gewiß, in weniger bedeutsamen Angelegenheiten bedarf es auch weniger Überlegungen. Es ist ein Unterschied, ob es sich um eine Reichsmark oder um hundert, tausend oder Hunderttausende handelt, um einen Spazier-

gang oder eine Berufswahl, einen Berufswechsel oder eine Bindung, die schwer oder leicht zu lösen ist. Wir kommen gar nicht darum herum, wenn wir urteilsfähig werden möchten und etwas erreichen wollen, auch etwas zu wagen. Man sagt: Wer wagt, gewinnt! Das heißt: Wer nicht wagt, kann auch nicht gewinnen, denn aus nichts wird nichts. Wagen heißt: sich etwas zutrauen, anfangen, etwas beginnen. Wer sich nichts zutraut, nicht anfängt, nicht beginnt, erreicht auch nichts. Dies ist keine Vermutung, keine Meinung, sondern Wissen. Aber nicht Hals über Kopf (unüberlegt) soll man wagen, das zu Wagende muß ungefährlich, möglich oder wahrscheinlich sein. Wenn wir auch nicht genau wissen, wie eine geplante Angelegenheit sich entwickelt und zu welchem Ergebnis wir kommen, so können wir die Möglichkeiten doch abschätzen. Manchmal wissen wir, wie dies oder jenes früher vor sich ging, wie es oder jener in ähnlichen Fällen machte, was er dabei erreichte, welche Fehler er machte, was er richtig tat. Aus diesen Erkenntnissen und aus unseren eigenen Überlegungen heraus bilden wir uns unsere Meinung und danach greifen wir zu oder lassen wir die Sache. Was wir nicht kennen, erscheint uns meist schwierig, wir müssen eben lernen, wie man dem Unbekannten oder Neuen beikommt. Kein Meister fällt vom Himmel. Was es eben auch sein möge: eine Meinung von dem, was geschehen oder unterbleiben soll, müssen wir uns bilden. Es gibt keinen anderen Weg des Vorwärtkommens als: Sehen, Hören, Beobachten, Vergleichen, Lesen, Sich-etwas-zutrauen, Anfangen und Aushalten.

## Arbeit und Kunst

Man sagt, daß der erste Rhythmus eines Liedes aus dem Rhythmus der Arbeit entstanden sei. Rhythmische Bewegung löst auch heute noch in uns Melodien aus. Das gleiche Klopfen des Hammers, das Drehen der Mühle daheim, was wir auch rhythmisch treiben, es drängt uns zum Liede. So gehören auch bei den niedrig stehenden Völkern Arbeit und Gesang zusammen, und besonders das Mahllied ist überall bekannt.

Bei den alten Germanen war es nicht anders. „Wir mahlen Gold; die Mühle des Glücks  
Mache Frodi reich an funkelnden Schätzen,  
In Reichtum sitz' er, ruhe auf Daunem,  
Erwache vergnügt! Dann ist wohl gemahlen.“

Das ist das älteste Mahllied aus germanischer Zeit.

Alles ist Rhythmus. Auch das Leben der menschlichen Organe, wie es uns neuerdings der Film beweist, wenn er das rhythmische Geschehen der inneren Muskulatur des lebendigen Menschen auf der Leinwand spiegelt. Rhythmus ist Naturgeschehen. Und es kann gar nicht wundern, daß da rhythmisches Handeln auch zum rhythmischen Liede ward.

Das ältere war natürlich die Arbeit. Aus ihr wurde das Lied. Aus dem Schaffen wurde das Kunstgefühl. Wirklichkeit und künstlerisches Fühlen stehen in engstem Zusammenhange. Und stimmt etwas nicht recht im Künstlerischen des Lebens, dann liegt die Ursache an der Wirklichkeit, dem Sozialen, dem Arbeitsleben, der wirtschaftlichen Ordnung des Zusammenseins.

Kann die Masse der Menschen noch heute im Arbeitsleben den Rhythmus ihres Wesens so erleben, daß dieses Erleben des Schaffens zum Liede zwingt? Die Arbeit hat ihren Rhythmus verloren, und damit ihre künstlerische Seele. Und was wir die Krise künstlerischer Kultur nennen, ist die Krise der Wirtschaft, der Arbeit, des sozialen Zusammenseins.

Einst wurde ein Arbeitsgang bei den mangelhaften Werkzeugen primitiver Menschen durch viele gleichmäßigen Handgriffe durchgeführt. Das Werkzeug zwang zur Dauer rhythmischer Folge. Zur Arbeit gehörte die Zeit, wie zum Rhythmus Zeit und Ruhe gehört. Und zur Kunst.

Aber das Werkzeug wurde verbessert, und mit Hammer und Meißel führt der geschickte Mensch heute seine 60 Schläge in der Minute aus. Aber diese 60 Schläge sind für das moderne Wirtschaftsleben noch ungenügend, und ein neuer elektrischer Hammer ist jetzt im Stande, in der Minute 2300 harte Schläge auszuführen.

Es wäre widersinnig, solche Entwicklung der Technik aufzuhalten. Wir sind erhaben über romantische Schwärmerei. Aber der Mensch ist noch als Maschine in diese Entwicklung gespannt. Diese technische Entwicklung ist noch nicht vollendet. Auch der Mensch ist noch Maschinenteil. Und zum Mechanismus bestimmt. Zum ewigen Gleichmaß, doch ohne Rhythmus. Zum Mechanismus der Hast und der Schnelligkeit. Und er leidet in seinem rhythmischen Wesen. In seinem künstlerischen Wesen, wie es der Mensch hat.

Solange das Wirtschaftsleben in dieser Profitgestaltung der Hast und diesem technischen Übergang des Maschinenmenschen noch ist, solange fehlt unserem Zusammenleben der Rhythmus, in

dem allein der Sinn für Kunst gedeihen kann. Das Wirtschaftsleben hat den Menschen in seinem feinsten Lebenserv getroffen, in seinem rhythmischen Gefühl. Es hat die Verbindung von Wirtschaft und Seele zerrissen, von Ordnung und Mensch.

Solange man Menschen als Stücke der Maschine zur mechanischen Hast der Maschine mißbraucht, solange kann das Schaffen nicht den Rhythmus geben, den der Mensch zur reinen künstlerischen Freiheit seines Wesens nötig hat. Die Vollendung der Technisierung erst wird den Menschen befreien, wenn diese Vollendung sich in sozialem, menschlich gestaltetem Leben der Wirtschaft vollzieht.

Deshalb zwingt Kunst zu neuer Formung des Wirtschaftslebens, und Arbeit zwingt zu neuem sozialen Recht. Der Mensch soll sich selbst wieder erleben. Und aus der neuen Harmonie der Seele in sozialer Wirtschaftsordnung erwächst die neue, große, künstlerische Schöpferfreude, die alle erleben und teilen, weil sie im schaffenden Dasein rhythmische Menschen sind.

Dr. Gustav Hoffmann.

### Die Knöpfe

Die folgende, ergötzliche Geschichte, die sich buchstäblich in einem Dorfe Polens zugetragen hat, ist nicht nur für die Zustände in den Kriegsjahren charakteristisch, sondern sie wirkt auch in kultureller Beziehung einen Lichtstreifen auf die hygienischen Gepflogenheiten ländlich-bäuerlicher Kreise daseibst.

Die Frau eines Dorfbewohners setzte eines Tages in ihren Topf ein paar Hemden zum Kochen an, die sie in den Kriegsjahren gekauft hatte. Da sie aufs Feld mußte, ließ sie den Topf auf dem Feuer stehen in der richtigen Annahme, daß die Hemden ruhig weiterkochen würden. — Als ihr Mann, der den Tag über auch auf Arbeit war, am Abend nach Hause kam, sieht er den Topf auf dem Herd stehen. In der Meinung, es ist Mehlsuppe darin, nimmt er sich ein paar Teller davon und ißt sie auf.

Seine Frau, die jetzt vom Feld heimkam, sagt: „Ich werde dir jetzt dein Essen machen — das hätte ich dir eigentlich gleich zurechtstellen müssen, ehe ich aufs Feld ging. — Du wirst gewiß mächtigen Hunger haben.“

„Aber ich habe doch meine Suppe schon gegessen, sie stand auf dem Feuer, es war doeh Mehlsuppe“, erwiderte ihr der Mann.

„Wo hast du denn die Mehlsuppe hergenommen, ich habe doch gar keine hingestellt“, sagte die Frau, „es hat doch bloß der Topf mit den Hemden auf dem Feuer gestanden.“

„Na, da habe ich das eben für Mehlsuppe gehalten, sie hat ja allerdings ein bißchen seifig geschmeckt, aber ich dachte, das muß so sein, und über die Knöpfe, die ich drin gefunden habe, brauche ich mich nicht mehr zu wundern.“

Die Mehlsuppe waren die Hemden, die die Frau in den Inflationen gekauft hatte, die aber ganz aus Papier waren und deshalb auf dem Feuer zu Suppe zerkochten. — Es geht eben nichts über die Gemütlichkeit und Appetitlichkeit: Erst wird die schmutzige Wäsche in dem Topf gekocht, dann das Schweinefutter und dann das Mittagessen. — Ländliche Idylle!

### Apfelgeschichte

Nun war sie doch zu Besuch gekommen. Er hatte sie fast, als er ihr sein Stübchen einräumen mußte. Was sollte da auch Gutes bei herkommen, wenn in dieses Zimmer, das voll von seinen ersten Knabenräumen war, dumme und alberne Mädchengedanken hineinhuschten! Denn dumm und albern war sie, das wußte er ganz genau!

Sie hatte eine stille, freundliche Art, die jeder lieb gewann. Nur er nicht. Er wollte eben nicht sehen! Ach, vergebens wehrte sich sein armes, törichtes Jungenherz gegen das, was kommen mußte. Er liebte doch nun einmal die schlanken, großen, blonden Frauen. Und war sie nicht schlank und groß und blond? Oder war er es je überdrüssig geworden, in blaue Augen hineinzusehen? Und waren die ihren nicht blau? Ganz tief und dunkel? —

Eines Morgens sah er sie in der Sonne sitzen. So eigen war ihm noch nie zumute gewesen wie an jenem Sommermorgen. Seine Knie trugen ihn kaum, und es überließ ihm heiß und kalt. Zögernd ging er an ihr vorbei und schlich sich dann heimlich zurück, um sie noch einmal zu sehen. Ihr

Blondhaar glitzerte wie Gold in der Sonne. Was konnte er Schöneres an diesem Tage schauen?

Am Abend waren sie allein noch auf. Sie saß in einem Schaukelstuhl in der einen, er auf dem Sofa in der anderen Ecke. Es war dunkel im Zimmer. Und da es ihn störte, im Dunkeln so laut zu reden, ging er zu ihr hinüber, mit kleinen, unsicheren Schritten, denn er wußte nicht, was sie von ihm dachte.

Leise setzte er sich auf die Lehne des Stuhles und begann zu schaukeln. Er sah von ihr nur das weiße Kleid und ihre Augen, die aus dem Dunkel leuchteten. Er schaukelte sie ganz sanft und weich. Und bei jeder Vor- und Rückwärtsbewegung berührten sich ihre Körper — sanft und weich.

Am nächsten Abend holte er sie vom Theater ab. Als sie nach Haus kamen, waren die Eltern schon zu Bett gegangen, worauf sie beide erleichtert aufatmeten — und war ihnen doch gar beklommen zumute.

Sie holte den Obstkorb herbei und bot ihm einen Apfel an. Er wollte nicht, so daß sie ihn drängte, die Frucht zu nehmen. „Und Eva gab Adam einen Apfel“, sagte er plötzlich, wobei er seiner Stimme, die etwas zitterte, einen spöttischen Beiklang zu geben versuchte. Das Mädchen lachte hell und verlegte und sagte nichts mehr. Aber ihre Augen baten und lockten.

Da nahm er den Apfel. Kurt Heilbut.

### He, Kosaken!

Ein Roman von Johann Komáromi.

Die Kosaken, die in den Niederungen der Latorca wohnen, auf der ungarischen Seite der Waldkarpathen, haben der Abstammung nach nichts mit den russischen Kosaken zu tun. Eigentlich werden sie nur Kosaken genannt, weil sie so wild und unverträglich sind wie ihre Namensvettern jenseits der Grenze, und weil sie einige der typisch kosakischen Lebensgewohnheiten angenommen haben. Es sind kleine Gruppen, isoliert zwischen Ungarn und Slowaken, und sie wären längst in alle Winde verweht, wenn sie nicht so fest zusammenhielten. Der alte solidarische Geist der Horde beherrscht sie und macht sie nicht nur den Slowaken und Ungarn, mit denen sie sich unaufhörlich prügeln, gefährlich, sondern auch den Herren des Landes, den Gutsbesitzern, den adligen Faulenzern und ihren Verwaltern. Diese Kosaken, denen einst die Weide und der fischreiche Fluß und das Holz und Wild des Waldes gehörten, sind proletarisert worden. Stück für Stück wurde ihnen entrissen, sie müssen als Grubenarbeiter, Holzfäller, Bahnarbeiter und Fuhrleute arbeiten, aber sie haben nicht vergessen, daß sie freie Männer waren. Sie wissen es sehr wohl, daß man sie nicht leicht entbehren kann, besonders bei harten und gefährlichen Arbeiten, und das macht sie stolz und selbstbewußt. Nicht selten drücken sie, da sie stets geschlossen auftreten, ihre eigenen Lohngesetze durch, die sie, wenn es sein muß, auch gegen ein Aufgebot von Gendarmen vertreten. Trotzdem sitzt der Haß gegen die Ausbeuter tief in ihrer Brust, und ihr Losungswort bleibt der alte Kriegerruf: „Tod den Herren!“

Ein Oberkosak hält die Horde zusammen. Er hat die Autorität eines alten Stammeshäuptlings, und er hat sie kraft seines Mutes, seiner Angriffslust, seiner körperlichen Stärke. Er ist ihr Anführer in jedem Handgemenge und auch bei der Arbeit. Am Wochenanfang verlassen sie unter seiner Leitung das Dorf, um irgendwo zu arbeiten, und Sonnabends kehren sie hinter ihm zurück, und ihre Rückkehr gleicht mehr einem Einzugs siegreich heimkehrender Horden als einer Heimkunft müder Arbeiter. In den Pausen sitzen sie beim Oberkosaken, rauchen und trinken und erhitzen ihren alten Groll gegen die Herren. Bei diesen Gelegenheiten wird der gemeinsam verdiente Lohn vom Oberkosaken ausgeteilt, der stets den doppelten Anteil erhält. Das war von jeher so, und sie denken nicht daran, das zu ändern. Er ist ihr Häuptling, und wenn er seinen Kampfruf „He, Kosaken!“ ausstößt, dann gibt es „Arbeit“, dann heißt es, die Deichsel vom Wagen los und drauf — „Nieder mit den Slowakenhunden, Tod den Herren!“

Aber die Zeiten werden immer schwerer für die Kosaken. Sie haben sich für Rakotzi geschlagen, für Kossuth, für Franz Joseph — aber wo blieb der Dank des Vaterlandes? Aus allen Dörfern fliehen die Ausgebeuteten nach Amerika, aber die Kosaken bleiben. Sie fühlen sich im Recht, und dieses Recht wollen sie verteidigen. Doch die Zeit schiebt sie erbarmungslos beiseite. Bald werden die Kosaken mit ihrer Stammeszucht, mit ihrem Aberglauben, ihrem Wundpflaster aus

Spinnweben, Pferdedung und Lehm, mit ihrer barbarischen Grandezza und der Rücksichtslosigkeit gegen ihre rechtlosen Frauen verschwunden sein. Sie wehren sich dagegen mit aller Kraft. Als der Verwalter die Kosaken aus den letzten Resten ihrer alten Rechte verdrängen will, da zünden sie ihm Tenne und Heuschuber an. Einer wird dabei vom Verwalter erschossen, und der Oberkosak soll verhaftet werden. Er ruft mit seinem „He, Kosaken!“ nach Hilfe, aber in dieser entscheidenden Stunde läßt ihn die Horde im Stich. Er wird überwältigt und ins Gefängnis geworfen. Alles wird am Ende nicht so schlimm, wie es aussah. Der Verwalter gibt nach, von den Ereignissen bestürzt und von einer Tragödie in seiner Familie erschüttert, aber auch die Kraft der Kosaken ist gebrochen. Sie „dürfen“ wieder für den Herrn arbeiten, nehmen sogar an seinem Erntefest teil, und als sie nach dem Fest wieder die alten verbotenen wollen, da gelingt es ihnen nicht recht. Ihr „Tod den Herren!“ wirkt wie eine Selbstverspottung. Sie waren ein einziges Mal nicht einig, das ist ihr Ende.

Der Dichter Komáromi hat dieser Geschichte die Verklärung einer Kindheitserinnerung gegeben. Mit den staunenden Augen eines Kindes hat er dieses letzte Kapitel eines Kosakendaseins mit angesehen. Der Oberkosak war sein Großvater, und mit allen fühlte er sich verwandt. Wie ein wildes Naturereignis, schön und schrecklich, läßt er den alten Oberkosaken mit seiner Horde über die wechselvolle Landschaft stampfen. Und wechselvoll wie diese bald überirdisch glänzende, bald von Schneestürmen und Wölfen durchheulte Landschaft ist auch das Geschehen dieses Romans, der für alle Gefühle von der ersten hoffnungslosen Liebe eines Kindes bis zum Gewitter eines elementaren Hasses Platz hat.

In einem Anhang „Haus an der Landstraße“ ergänzt der Dichter seine Kindheitserinnerungen, vertieft er die Milieuschilderungen, und die lauten Geschehnisse des Romans klingen aus in eine bezaubernde Harmonie von schmerzlicher Sehnsucht, schwärmerischer Traurigkeit und feinem Humor. Die meisterhafte Kunst der Erzählung Johann Komáromis blieb bei der von Alexander von Sacher-Masoch feinsinnig und mit begeisterter Scheu vor ihren Schönheiten besorgten Übertragung erhalten. Das wertvolle Werk erschien als vornehm ausgestatteter Dreimarkband bei der Bichergilde Gutenberg, Berlin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Dichter wie Komáromi in den deutschen Sprachgebieten bekannt zu machen.

### Vom Büchertisch

**Wechselseitige Umschreibung fremder Eigenamen in deutschen und slawischen Schrifttum.** Von Johannes Kurt Tischner. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstr. 5. Preis 1,50 RM.

Die richtige Umschreibung fremder Eigenamen in Deutschen und umgekehrt ist nicht so schwer, wie man allgemein annimmt. Bei falscher Umschreibung von Eigenamen ist sehr oft die Bequemlichkeit die Wurzel alles Übels; sie hat in Handel und Wandel schon zu mancher Spitzfindigkeit geführt, die gerichtliche Unannehmlichkeiten nach sich zog. Auch muß bei Durchsicht von Büchern usw. die nicht lobenswerte Tatsache festgestellt werden, daß man sich kaum in dem Labyrinth der falschen Namensschreibung zurechtfindet. Ausgenommen hiervon sind die verschiedenen Lexika. Vorliegendes Büchlein will nun als guter Freund und Berater jedem, der auch keine besonderen Sprachkenntnisse besitzt, die richtige Umschreibung leicht ermöglichen. Es zeigt in erster Linie nicht nur restlos die wechselseitige Umschreibung der Familiennamen im deutschen und slawischen Schrifttum, sondern auch der hierin erwähnten Fremdsprachen. Die erdunkelten Namen können nur lexikalisch erfaßt werden. Die am Kopf der Tabellen augenfällig gewählten Sprachzeilen geben eine klare Übersicht und schützen beim Nachschlagen nach Umschreibungsbuchstaben vor jeglichen Mißgriffen. Die russische neue Rechtschreibung von 1917 wurde berücksichtigt. Unter dem russischen Alphabet ist auch die Lateinschrift für die vollständige buchstabengetreue Umschreibung mit angegeben, ebenso die russische Schreibschrift. Dahinter wird auch die abweichende Schreibweise gezeigt. Letztere soll jedoch nur zur Kenntnis genommen werden. Auch das Griechische und seine Umschreibungsart fand hier Aufnahme. Das Büchlein wird für den Zweck, dem es dienen soll, sich recht brauchbar erweisen.

### Inhaltsübersicht

**Hauptteil:** Ergebnis: Der Tarif gilt ein weiteres Jahr. / Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise. / Ein Industrieller für die 44 Stundenwoche.

**Recht und Gesetz:** Wie steht es um die Sozialpolitik? / Deutsche Gesellschaft für Gewerhygiene.

**Verband und Beruf:** Untergang des Formstechergewerbes? / Deutsche Tageszeitung AG.

**Literatur und Kunst:** Wissen. / Ich muß wandern (Gedicht). / Arbeit und Kunst. / Die Knöpfe. Apfelgeschichte. / He, Kosaken!

Vom Büchertisch. / Anzeigen.

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50  
 Tel. F. 8 Oberbaum 2289

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:  
**Druckpaste „Nürwa“, Trockenmittel „Mallain“ (bleifrei)**  
**Scharftrocknar „Ratiol“.** Seit Jahren bestens bewährt.  
**KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,**  
 Crimmitschau 1. St., Schieferstraße 4.